

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D.M., Wilmersdorfer Str. 49
Verlagsdruck: Koenigshaus 1000, 1078 und 1002 - Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilproletia Berlin

Verzinkt seid Ihr nicht - Verzinnt alle!

Abgaben- und Verbandsgebühren sind an Otto Rehm, Berlin D.M.,
Randelstraße 49 (Wohlfahrtsamt 15300), zu richten. - Bezahl-
weise nur durch die Post. Vierteljährlich 8 RM.
Kassengeld 4 RM für die bezugsfertige Heile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

WEIHNACHTSABEND

Weihnachtsabend - Durch Nacht und Zeit
Klingt trauliches Weihnachtsglockengeläut,
Und es ertönt der gedämpfte Gesang
Der frohen Verheißung an Diebstal entlang . . .

Weihnachtsabend - Friede auf Erden,
Friede soll allen Menschen werden -
Also flüstert der fromme Gesang
Sehnsuchtsvoll gläubig und hoffnungsgebang . . .

Weihnachtsabend - In heiligen Hallen
Träumt es: Der Menschheit ein Wohlgefallen,
Träumt es im Rhythmus gedämpfter Töne
Von Menschenglück und von Erdenhöhen . . .

Weihnachtsabend - In Lichterglanz
Erleuchtet der Hoffnung hellstimmernder Kranz,
Freude schwillt auf, der Tannenbaum glüht,
Zukunftsvorzeichen die Herzen durchzieht!

Weihnachtsabend - Zukunftsvorzeichen
Ist not, um die schönere Zukunft zu bauen -
Doch Hoffnung ist trägerisch, Hoffnung wird sah,
Wenn dem Wunsche nicht folgt die befreiende Tat!

Weihnachtsabend - O träumet nicht!
Rastt Euch zur Tat auf und säumet nicht!
Ihr könnt den Frieden Euch nicht ersingen -
Ihr müßt darum kämpfen, Ihr müßt ihn erringen!

Einig, geschlossen in dichten Reihen
Müht Ihr dem Kampf um den Frieden Euch weihen,
Wollt Ihr den Frieden, Ihr Männer und Frauen,
Müht Ihr Euch selber das Friedenshaus bauen!

Noch sind die Dämonen der Zwietracht am Werke,
Noch wütet das Unrecht mit grausamer Stärke,
Noch stöhnet die Menschheit im schmutzigen Not
Unwürdiger Ruchlosigkeit, Entfugung und Not!

Drum trotzig zum Kampfe! Das Ziel ist groß!
Nur selber schmiedet Ihr Euch Euer Loos!
Seid einig und kampfstroh in allen Dingen,
Dann werdet Ihr Frieden und Freiheit erringen!

Weihnachtsabend - Ein lehtes Licht
Flackert voll Ohnmacht, die Flamme bricht -
Dunkelheit webt wie im finsternen Schacht,
Flüsternd umhüllt uns die düstere Nacht . . .

Da - ein Schimmer! Das Dunkel entflieht,
Leuchtend und strahlend der Sonnenball zieht
Über die Erde in purpurner Pracht -
Und das Volk dieser Erde erwacht!

Sieghaft stürzt es die Tyrannen!
Strenge jagt es: Die Menschheit ist frei!
Und erlöst aus des Mammons glirigen Strahlen
Lacht allen Friede und Wohlgefallen!

Tacta.

In der Krippe geboren.

In der Krippe geboren zum Ketter der Welt. Das ist der Grundgedanke der Weihnachtsgeschichte. Und man bringt sich ein Symbol dieses Weihnachtsgedankens ins Haus. Man stellt eine Krippe auf, in der ein Knäblein schlummert, und man läßt den Stern des Hoffens und des Glaubens über der Krippe leuchten und über diesem Ganzen den Weihnachtsbaum strahlen in Lichterpracht.

Doch so harmonisch weihnachtlich das Ganze auch aussieht, es ist dennoch so oft in einer Umgebung, die zu diesem Weihnachtsgedanken gar nicht paßt. Da im reichsten Hause eine Krippe! Da beim geflochtenen Verdienere ein Kind in der Krippe, das die Liebe und den Frieden und die Gerechtigkeit versinnbildlichen soll! Seid doch ehrlich und laßt die Krippe aus eurem Hause!

Dennoch: mag sie auch in dem einzelnen Hause so oft als Spott und als Hohn und als Widersinn erscheinen, sie ist echt. So ist das Leben. So zerrissen in Klassen, in arm und reich, in Besitz und sozialer Unterdrückung.

Da die Weihnachtsfreude im behaglich erwärmten Hause und da im freudlosen Obdach Enterte des Lebens. Dort Geschenke in Fülle, in Ueberfluß, und dort in der Familie so vieler Arbeitslosen kaum das Allernötigste. Ja, die Krippe in jenen Häusern ist echt.

Doch kann sie da Mahnung sein? Kann sie Warnung bedeuten? Kann sie helfen, das Herz zu ändern und den sozialen Sinn siegen zu lassen über den Geist des Verdienens?

Zwei Jahrtausende fast ist die Krippe diese Mahnung zum Frieden auf Erden und zum Menschenglück aller Welt, und doch waren diese zweitausend Jahre voll Krieg und sozialer Entrechtung. Die Krippe kann nicht helfen, und wenn sie auch leuchtet im strahlendsten Weihnachtsglanz, laßt Dienstag werden, laßt den weihnachtfeiern Herrenmenschen sein Bureau betreten - und aller Krippennimbus ist dahin!

Die Weihnachtsgeschichte hat zu ihrer Ergänzung nötig die Erzählung von den Wechsellern, die der groß gewordene Krippengeborene aus dem Tempel gejagt hat. Unter dem „Friede auf Erden“ muß über der Krippe leuchten: Wehe euch, ihr Reichen! - Niemand kann Gott dienen und dem Mammon. Denn da, wo dein Schatz ist, da ist dein Herz.

Da, wo man den Mammon in seiner heutigen Art bekämpft, diese Wirtschaftsordnung des Kapitalismus, da ist der Krippengeborene neu entstanden. Da herrscht die Einheit von Liebe und Kampf, von „Friede auf Erden“ und „Wehe euch!“

Und wie die Krippe des armen Knäbleins da mitten im Hause so vieler moderner Pharisäer und so vieler moderner Zöllner steht, so hat sich auch der Geist der Krippe da praktisch mitten hineingezwängt in diese Wirtschaftsordnung der modernen Pharisäer und Zöllner - durch uns. Wir wollen den Geist der Krippe wahr machen, indem wir ihn verbinden mit der kämpfenden Tat. Und da ein einzelner diese Tat nicht zu leisten vermag, wie die ganze Geschichte der Krippe uns zeigte, so sind wir verbunden zu gemeinschaftlichem Handeln. Daß Friede werde auf Erden und Gerechtigkeit sei und Glück werde allen Menschen.

Eine Wende der Zeit ist es, die wir erleben. Wer mag da zurückstehen, wo es heißt, aus der Tiefe heraus durch eine befreiende Weltgestaltung endlich die Menschheit zu schaffen, der die Liebe nicht Wort ist, sondern ewige Tat, ewig lebendige, herrliche Freude! -

Die Geschichte der Menschheit feiert ihre Weihnacht in
Dr. Gustav Hoffmann.

Weihnachten!

Wie leuchten doch die Augen der Kinder bei diesem Wort auf! Wie viele Wünsche knüpfen sich für die Kinder daran! Wie stehen sie mit begehrlichen Blicken vor den Auslagen der Geschäfte und drücken sich die Nase platt, um alles zu sehen.

Während in den Häusern der Begüterten im gut durchwärmten Zimmer der strahlende Lichterbaum, die unter der Last der Gaben fast brechende Tafel erhellt, fröhliche Kinder, glückliche Eltern sich jubelnd der erhaltenen Geschenke freuen, gähnt in den Wohnungen der Arbeitslosen öde Leere. Der große Schmerz des Allesentbehrenmüssens beherrscht die Kinder der Armen, die hungern und frieren müssen, während die Glücklicheren sich freuen. So werden auch in diesem Jahrtausende von Arbeiterkindern scheu und gedrückt am Weihnachtsabend durch die Straßen schleichen, um sich an dem Glanz der Weihnachtskerzen zu ergötzen, die den Kindern

anderer angezündet wurden. Tausende von Vätern werden den Weihnachtsabend mit verbissenem Gröhl verbringen gegen eine Weltordnung, die man „göttlich“ nennt und die es ihnen nicht einmal ermöglicht, ihre Kinder vor Hunger zu schützen. Tausende von Müttern, die in der Beschaffung der Gaben für ihre Lieblinge eine weihnachtliche Vorfreude genossen, müssen mit Tränen in den Augen und Weh im Herzen darauf verzichten, ihren Lieben eine Freude zu bereiten.

Die bürgerliche Gesellschaft, die den notleidenden Massen sanft nie ein Verständnis entgegenbringt, benutzt aber alljährlich die Weihnachtszeit, um Weihnachtsbescherungen zu veranstalten. Es sind alles nur Wohlthaten, die zu Dank verpflichten und die Empfänger von den Gebern abhängig machen. Jedoch der heiligsamer, der den Darbenden helfen soll, muß mehr sein als salbungsvolle Worte. Er darf auch nicht aus Almosen bestehen, die zu Dank verpflichten, sondern in höherem Lohn, erhöhter sozialer Fürsorge durch den Staat.

Der Arbeiter will nicht mehr hungern, während andere die Früchte seiner Arbeit verprassen, er will nicht länger im Schatten verkümmern, während andere im Lichte wandeln. Die Botschaft vom Frieden auf Erden und der weltüberwindenden, menschenbefreienden Liebe, die im Märchen die Engel verkünden, sie ist noch nicht in Erfüllung gegangen. Oder ist es Erfüllung der Weihnachtsbotschaft, daß Tausende hungern, darben und frieren müssen, damit dem einen kostbare Geschenke unter den Weihnachtsbaum gelegt werden? Oder soll man an einem solchen Fest der Liebe davor schweigen, daß auch in dieser Welt gemeinjamer Not, gemeinjamer Arbeit das Schöne und Gute, Freude und Erhebung für alle bereitet sein könnte, aber nur für wenige bereitet wird? Noch stehen wir inmitten einer Welt der Selbstsucht, die den Besitz wertet und nicht den Menschen. Träumer und Wolkenwandler ändern diese Welt nicht, nur Kämpfer können dies tun. Kämpfer, die wurden, weil sie Wissende waren, weil sie die Kräfte erkannten, die Welt und Wirtschaft bezogen.

Auf dem wachsenden Heer dieser Kämpfer ruht die Weihnachtshoffnung des schaffenden Volkes der Gegenwart. Zu ihnen liegt es, ob dem Weihnachten der Hoffnung ein Weihnachten der Erfüllung folgen wird. An allen, wer die Arbeiterschwestern und -brüder, an jedem einzelnen von uns wird es liegen, ob nach hartem Kämpfen und Ringen sieghaft die Sonne der Freiheit uns scheint!

dann auch die Kommunisten aufstimmten, um ein Stück Mittelalter aus Preußen zu entfernen.

Die Ermordung zweier Reichsinnerleute am 25. Juni in Arensdorf hat jetzt ein gerichtliches Nachspiel vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. d. O. gefunden. Angeklagt waren der 28jährige Landwirtssohn August Schmelzer wegen Totschlags und sein Vater, der 54jährige Landwirt Paul Schmelzer wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen. An jenem Tage war ein Kraftlastwagen mit Reichsbannerangehörigen durch Arensdorf gefahren, um an einer Demonstration in Frankfurt an der Oder teilzunehmen. Ein das Auto begleitender Radfahrer wurde von Dorfbewohnern angegriffen, es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf August Schmelzer das Gewehr seines Vaters holte und in den Reichsbannertrupp, der inzwischen wieder die Weiterfahrt angetreten hatte, hineinschoß. Zwei Tote und sechs Verwundete waren die Folgen dieser ruchlosen Tat. Die Gerichtsverhandlung hat ein erschreckendes Bild völkischer Verheerung in diesem Dorfe entrollt. Als der geistige Urheber der Tragödie ist der Gutsherr Udo v. Wenzleben anzusehen, der die von ihm wirtschaftlich und geistig abhängigen Dorfbewohner in nationalistischen Verbänden sammelte. Die dort betriebene Hege gegen alles, was mit der Republik zusammenhängt, hat schließlich zu der Bluttat vom Juni geführt.

Der Spruch des Schwurgerichts von Frankfurt hat die direkt Schuldigen getroffen; die wahren Schuldigen jedoch gingen frei aus.

Kurzarbeiterunterstützung.

Wer erhält sie? — Wie ist sie zu erheben? — Wer zahlt sie aus?

Die Kurzarbeiterunterstützung ist ein Teil der allgemeinen Arbeitslosenunterstützung. Im neuen Arbeitslosenversicherungsgesetz ist aber diese Materie nicht erschöpfend geregelt, weil die Kurzarbeiterunterstützung nur als besondere Notmaßnahme gedacht ist, die eingreifen soll, wenn es die Beschäftigungsverhältnisse unter allen Umständen erfordern. Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz gibt dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die Möglichkeit, nach Anhörung des Reichsarbeitsministers Bestimmungen über die Gewährung von Kurzarbeiterunterstützung zu erlassen. Die Kurzarbeiterunterstützung wird aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung gewährt. Im Gesetz sind nur Höchstgrenzen bestimmt. Die Kurzarbeiterunterstützung darf nicht höher sein als die Arbeitslosenunterstützung, die der Arbeiter erhalten würde, wenn er arbeitslos wäre. Die Kurzarbeiterunterstützung und der bei Kurzarbeit erzielte Arbeitslohn dürfen zusammen fünf Sechstel des vollen Arbeitsentgelts nicht übersteigen.

Bis heute hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt noch keine Bestimmungen erlassen. Es liegt aber eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 23. September 1927 vor, die bestimmt, daß die unter dem 20. Februar 1926 erlassenen Kurzarbeiterbestimmungen über den 1. Oktober 1927 hinaus in Kraft bleiben. Nur einige Änderungen wurden vorgenommen, unter anderem die, daß die Anwartschaftszeit von drei Monaten auf sechs Monate ausgedehnt wurde, das heißt, daß ein Arbeiter, der Kurzarbeiterunterstützung beantragt, vorher sechs Monate gegen Krankheit versichert gewesen sein muß. Einige andere Änderungen gegen frühere wurden durch den Erlaß des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bedingt.

Die Kurzarbeiterunterstützung wird gewährt vom Arbeitsamt des Beschäftigungsortes. Anträge auf Gewährung von Kurzarbeiterunterstützung werden nicht von den einzelnen Kurzarbeitern entgegengenommen, sondern nur auf Antrag des Arbeitgebers, dem auch die Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung übertragen werden kann. Es ist allgemein bekannt, daß die bisherigen Bestimmungen der Kurzarbeiterfürsorge unzulänglich sind und ganze Gruppen von Versicherten ausschließen, daneben aber noch viele große Härten im Gefolge haben. Hoffentlich nimmt der Verwaltungsrat der Reichsanstalt alsbald Anlaß zum Erlaß neuer Bestimmungen, die den heutigen Verhältnissen besser Rechnung tragen. Durch eine sozial eingestellte Kurzarbeiterversicherung kann die Zahl der Arbeitslosen stark eingebremst werden. Jeder Arbeiter nimmt in Zeiten schlechter Konjunktur die Kurzarbeit mit in Kauf, wenn Verdienst und Unterstützung noch ein Auskommen ermöglichen. Viele Arbeitgeber nehmen unter den gleichen Voraussetzungen Abstand von Entlassungen. Die für die Kurzarbeiterunterstützung aufgewendeten Mittel werden zum großen Teil bei der Arbeitslosenunterstützung wieder eingespart.

In welchem Ausmaße das geschehen kann und wie unbedingt nötig Kurzarbeiterunterstützung überhaupt ist, zeigte den Textarbeitern sowie der Öffentlichkeit das Krisenjahr 1926.

Gegen die Freizügigkeit.

Die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Recht hat in einer Wirtschaftsordnung wie der unsrigen mit so ungleichmäßiger Eigentumsverteilung einen nur bedingten Vorteil für die wirtschaftlich Schwächeren. Der Grundsatz, daß alle Staatsbürger vor dem Rechte gleich sind, wirkt sich bei ungleichartigen Eigentumsverhältnissen ungleichartig aus. Das Recht, 1. Klasse auf der Eisenbahn zu fahren, hat jeder, aber nicht jeder kann es ausnutzen. Das Verbot, nachts auf Schmuckplatzbänken zu schlafen oder unter Brückenbögen zu nächtigen, besteht sowohl für den Reichen als auch für den Armen. Diese rechtliche Gleichstellung ist in der Wirklichkeit für den wirtschaftlich Schwächeren oft ganz wertlos, ja sogar nicht selten nachteilig.

Professor Singheimer baut sein eben erschienenes, bedeutendes Werk*) auf diesem Grundgedanken auf. Er spricht vom Arbeitsvertrag als von einem Gewaltvertrag, den der Arbeitnehmer zwar formal als freies Individuum abschließt, niemand zwingt ihn, sich in abhängige Arbeit zu verdingen, wenn er es aber nicht tut, so muß er sich aufhängen oder verhungern. Einen gewissen Kräfteausgleich zwischen den Partnern des Arbeitsvertrags schaffen die wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitnehmern (Tarifverträge) und das öffentliche Recht durch die Arbeiterschutzesetze (Festsetzung der Maximalarbeitszeiten, Schwangerenschutz, Kündigungsschutz). Dazwischen bleiben aber eine ganze Reihe von Verhältnissen bestehen, in denen der Arbeitnehmer sowohl ohne tarifvertraglichen als auch ohne öffentlich-rechtlichen Schutz ist, vor allem dann, wenn er vorübergehend ohne Beschäftigung ist. Es handelt sich hier nicht um Fürsorge oder Versicherungsbedingungen, denen der erwerbslose Arbeitnehmer untersteht und die ja in Deutschland anerkannt vorbildlich sind, es handelt sich hier vielmehr um Situationen engerer, reiner arbeitsrechtlicher Natur, in denen die Verschiedenheit der Eigentumsverhältnisse in Erscheinung tritt und das Prinzip der Freiheit des Abschlusses eines Arbeitsvertrags von sehr zweifelhaftem Wert für den Arbeitnehmer wird. Es besteht der Grundsatz, daß jeder Arbeitnehmer sein Arbeitsverhältnis kündigen kann, wenn er will, er braucht dafür keine Begründung, bei Einhaltung seiner Kündigungsfrist kann er seinen Arbeitsvertrag lösen nach seinem Gutdünken. Auf der anderen Seite kann der Arbeitgeber jedem Arbeitnehmer kündigen, wann er will, es gibt kein Rechtsmittel, ihn zur Weiterbeschäftigung zu zwingen (außer bei Schwerkörperbeschädigten). Auch das Einspruchsverfahren mit anschließender erfolgreicher Wiedereinstellungslage läßt ihm die Wahl zwischen Wiedereinstellung und Entschädigung. Ebenso kann der Arbeitgeber einstellen wen er will. Wenn ihm die Nase eines bei ihm um Arbeit Nachsuchenden nicht paßt, kann er ihn abweisen, niemand kann ihn zwingen, mit einem bestimmten Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag abzuschließen und ihn zu beschäftigen. Diese Vertragsfreiheit wirkt sich überaus nachteilig für den Arbeitssuchenden aus, da er unbedingt auf Lohn angewiesen ist. Zwar ist der Arbeitgeber auch unbedingt auf Arbeitskräfte angewiesen, aber es gibt eben mehr Arbeitskräfte als Arbeitsmöglichkeiten. Vor allem für einen Arbeitnehmer mit Familienanhang ist die Zahl der möglichen Arbeitsmöglichkeiten meist sehr gering (Wohnungsnot), es kommen für ihn normalerweise nur eine bestimmte Anzahl von Firmen in Frage, in denen er unterkommen könnte, während der Arbeitgeber in nahezu allen Fällen seine Auswahl aus dem Meer der gerade Erwerbslosen, die immer in Reserve stehen, treffen kann. Wenn die Arbeitgeber sich zusammenschließen und dahin übereinkommen, nur bestimmte Arbeitnehmer einzustellen, oder bestimmte Arbeitnehmer nicht einzustellen, dann bedeutet das für den Arbeitssuchenden einen nicht abzuschätzenden Nachteil. Wenn er unter denen ist, die die Fabrikanten nicht einstellen wollen, so bleibt dem Betroffenen nichts anderes übrig als aus diesem Wirtschaftsbezirk mit Kind und Kegel auszuwandern. Mit diesen „Schwarzen Listen“ hat man seinerzeit die Ermittlung der Textilarbeiter, die den großen Streik 1903 führend mitmachten, bis ins Rheinland und bis in die Schweiz hineingetrieben. Die Schwarzen Listen dürfen nicht mehr geführt werden. Für den Arbeitnehmer nachteilige Bemerkungen über das Maß der gesellschaftlichen Zulässigkeit nicht mehr in den Abgangspapieren enthalten

sein. Da aber kein Arbeitgeber gezwungen werden kann, einen Arbeitnehmer einzustellen, gibt es reichlich Möglichkeiten, daß Arbeitgeber untereinander zur Einstellung oder NichtEinstellung bestimmter Arbeitnehmer sich verpflichten. Ein Beispiel: Ein großer sehr bekannter sächsischer Arbeitgeberverband hat folgendes Abkommen getroffen:

„Alle uns angeschlossenen Firmen verpflichten sich, keine Arbeiter und Arbeiterinnen einzustellen, bevor sie hierzu nicht die Zustimmung desjenigen Arbeitgebers haben, bei dem der stellungsuchende Arbeitnehmer beschäftigt ist oder zuvor beschäftigt war.“

Man nennt das ein „Solidaritätsabkommen“. Nachweislich sind diesem Abkommen 70 Firmen einer bestimmten Branche angeschlossen und alle liegen sie etwa im Umkreis von 15 Kilometern. Es ist also nahezu die ganze Branche ohne Ausnahme beigetreten. Als Zweck des Abkommens wird genannt: Die Verhinderung der Lohnüberbietung. Außerdem ist kommentatorisch vermerkt, daß das Abkommen so zu verstehen sei, daß es nicht allein auf diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen zutraf, die ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist weggegangen sind, sondern auf sämtliche Arbeitnehmer, auch wenn sie bei der alten Firma ordnungsgemäß abgehen oder bereits abgegangen sind. Die Firmen haben sich verpflichtet, vor jeder Neueinstellung bei der alten Firma Rückfrage zu halten und die Einstellung nur vorzunehmen, wenn die alte Firma, bei der der Arbeitnehmer zuletzt gearbeitet hat, ihre Zustimmung gibt. Sollten Streitigkeiten aus diesem Abkommen entstehen, so soll im Einzelfalle eine Kommission entscheiden.

In der Praxis sieht das folgendermaßen aus: Die Aufsteckerin A. kündigt ihr Arbeitsverhältnis bei der Firma B. auf. Vom Meister befragt, warum sie gekündigt habe, erklärt sie, weil ihr der Lohn zu niedrig sei. Darauf sagt ihr der Arbeitgeber, sie dürfe nicht fortgehen. Die Aufsteckerin hat trotzdem ihr Arbeitsverhältnis form- und fristgemäß gelöst. Als sie dann in anderen Betrieben um Arbeit nachfragte, wurde sie abgewiesen. Von zwei Firmen erhielt sie die Antwort: Wir dürfen Sie nicht einstellen.

Dieses System funktioniert sehr gut. Es liegen dafür zahlreiche Beweise vor und der angeführte Fall ist nicht etwa konstruiert. Es ist schädlicher als das Entfern der Schwarzen Listen. Diese hatten lediglich den Zweck, „gefährliche“ Elemente ans Hungertuch zu bringen, sie dauernd erwerbslos zu machen. Hier handelt es sich aber um das Erfassen jedes einzelnen Arbeitnehmers, der aus freien Stücken von sich aus kündigt, weil er seine Lebenslage verbessern will, weil er in eine andere Gegend ziehen will, weil er die Möglichkeiten seiner Vorgesetzten nicht mehr ertragen kann, weil er sich vielseitig technisch ausbilden will. Mit diesem Abkommen bleibt für den Arbeitnehmer nur die Alternative: entweder bis zu seinem Lebensende an einen einzelnen Betrieb gefesselt zu sein oder weit fortzuziehen, wo das Abkommen nicht mehr hinreicht. Da die letzte Möglichkeit heute kaum besteht, handelt es sich praktisch um die Festhaltung des Arbeitnehmers bis zur Arbeitsunfähigkeit in dem Betrieb, in den er nach der Schuldenlast eingetreten ist.

Es erscheint schwierig, dagegen etwas zu tun. Es handelt sich weder formell um eine Beschränkung der Freizügigkeit noch um den erfüllten Tatbestand aus § 152 Reichsgewerbeordnung, auch nicht um eine unerlaubte Handlung im Sinne des § 223 des BGB. Klagen gegen den betreffenden Arbeitgeberverband, die sich auf diese Rechtsquellen stützen, sind auch schon abgewiesen worden. Aber zu Unrecht. Es kann sich in diesem durchaus neuen, noch nicht dogmatischen Falle, der aber bestimmt Schule machen wird, nicht darum handeln, eine strenge Anwendung der Paragraphenformulierung vorzunehmen. Das Gesetz muß hier weit ausgelegt werden. Wir haben es hier mit einem ganz neuen Tatbestand zu tun, der allerdings von unserem geltenden Recht korrekter nicht mit erfaßt wird, der aber in Wirklichkeit das, was in der Weimarer Verfassung als eines der Grundrechte jedes Deutschen bezeichnet wird, mit Füßen tritt. Wenn die Bestimmung der Reichsverfassung, unseres obersten deutschen Gesetzes, Geltung haben soll, daß alle Freizügigkeit genießen und das Recht haben, sich an jedem beliebigen Orte niederzulassen (Artikel 111), dann darf dieser oberste Grundsatz nicht abdingbar sein durch das Komplott eines Arbeitgeberverbandes, das der praktischen Auswirkung nach gleichgültig ist mit mittelalterlicher Hörigkeit, das aber der Form nach bei engligniger Anwendung des Gesetzeswortes nicht zu fassen ist. Der Richter steht oft vor Tatbeständen, auf die der Paragraph nicht unmittelbar Anwendung findet; es wäre ein leichtes Richter, wenn man, wie beim Automaten, für jeden Fall nur den genau passenden Paragraphen zu ziehen brauchte. Dazu ist das Leben zu bunt und vielgestaltig und die Rechtsordnung notwendigerweise zu schematisch. Es soll aber im Rechtsstaate nicht so sein, daß der Schläue und Listige frei ausgehen kann, wenn er es nur versteht, überall die Mägen des Gesetzes zu finden. Wenn er gegen den Geist eines Rechtsgrundgesetzes verstößt, ist ihm genau so beizukommen, als wenn er formell sich gegen den Buchstaben vergangen hätte. Der Geist der Freizügigkeit ist hier verlernt. Das Abkommen schlägt den Reichsgesetzen und den guten Sitten ins Gesicht. Es macht aus dem freien deutschen Arbeitsmenschen einen für Lebenszeit an einen einzigen Betrieb gefesselten Leibeigenen.

R. W. Schiffel-Leipzig,
Lehrer an den sächsischen Betriebsräteschulen.

Zwei Seelen wohnen, ach, in ihrer Brust!

Wehr als bekannt sind die Jeremiaden, welche seit längerer Zeit angestimmt werden über die bösen Arbeiter — Facharbeiter wohlverstanden — welche so niederträchtig sind, den deutschen Staat von ihren Füßen zu schütten und ihre Arbeitskraft in einem anderen Lande zu verkaufen versuchen, wo diese besser bewertet wird, und sie vor allen Dingen als vollwertige Menschen angesehen und behandelt werden. Die meisten Krotodilstränen wurden hierbei geweint von den Unternehmern — selbstverständlich —, zu deren Sprachrohr sich auch die „Berliner Textilzeitung“ schon des öfteren gemacht hat. Die Verschleppung der Industrie in das Ausland zum Schaden der deutschen Wirtschaft ist das Leitmotiv dieser Klage.

ich mir vor, und das wollte ich ihr auch sagen, wenn sie zurückkam, damit ihr Freude am heutigen Abend eine ungeprübte sein konnte.



Über sie kam nicht mehr zurück. Heimlich hatte sie aus dem Korridor ihren Hut und Mantel genommen und war unbemerkt davongegangen.

Nach den Feiertagen las ich in der Zeitung eine kurze Notiz, daß eine weibliche Person mit durchschmittenen Pulsadern tot aufgefunden worden sei. Ich dachte unwillkürlich des Mädchens vom Weihnachtsabend und ging nach dem Beischenschauhaus, wo die Leiche eingeliefert worden war, um festzustellen, ob mich meine Ahnung nicht täuschte!

Und man zeigte mir ein junges Mädchen, daselbe, das ich von der Straße mitgenommen hatte, auf daß auch sie Weihnachten feiern konnte. . .

Ein Schauer durchlief mich.

Bin ich nicht mitschuldig an dem Tode des jungen Menschen? Vielleicht lebte er noch, wenn ich ihn auf der Straße gelassen hätte.

Ich aber nahm das Mädchen mit, um ihr Freude zu bereiten — und führte ihn sein trauriges Los inmitten der fröhlichen Menschen doppelt und dreifach vor Augen; das weiß ich jetzt.

Darum konnte das Mädchen sein Leben nicht mehr ertragen und tötete sich. . .

Und ich wollte dir doch helfen, armes, armes Weib . . . (proletarische) Duldertin . . .

„Und was werden die sagen, wenn Sie mich mitbringen?“

„Sie werden sich freuen, daß es Ihnen vergönnt ist, einem Menschen, dem es nützt, eine kleine Freude bereiten zu können.“

In meiner Haustür zögerte das Mädchen, es fürchtete sich doch ein wenig, mit mir zu gehen.

„Kann ich Ihnen vertrauen?“ sagte sie bittend; leise Freude klang in ihrer Stimme.

„Das können Sie!“

Schweigend gingen wir die Treppe hinauf. Ich vermied es, von meinem Wohnungsschlüssel Gebrauch zu machen, ich klingelte.

Kurz verständigte ich meine Angehörigen, und bald saßen wir im Zimmer am Weihnachtstische.

Freude hatte die Wangen des Mädchens leicht gerötet, in seinen Augen leuchtete verhaltenes Glück. Doch mußte ich feststellen, daß sie wieder stiller und ernster wurde, je länger sie bei uns war, je weiter der Abend vorschritt. Und da ich das junge Mädchen aufmerksam betrachtete, glaubte ich wahrzunehmen, daß sich in seinem Innern heftige Kämpfe abspielten mußten. Vielleicht dachte sie an die Zukunft, an die kalte Straße, an die dunklen Nächte. . . Vielleicht empfand sie hier, inmitten fröhlicher Menschen, ihr Dasein doppelt elend. . . O, ich mußte um solche Gedanken, ich konnte das Mädchen vollumfänglich verstehen. . .

Ich will dir helfen, armer Mensch, dachte ich, ich will versuchen, für dich eine Stelle aufzutreiben, damit du Arbeit und eine Bleibe hast. . .

Leibvolle Gedanken mußten unseren Gast markern, ich merkte, wie er aufsteigende Tränen heimlich wehrte. Bald aber hatte sich das Mädchen wieder in Gewalt; es biß die Zähne heftig aufeinander. Ein fremder, eigenartiger Zug entstellte nun ihr sympathisches Gesicht. War es Haß? Ich sah, wie ihr Mund sich verzog zu einem bitteren Lachen.

Sie ging hinaus.

Du sollst dir heute keine Sorgen machen! Ich will, so weit es mir möglich ist, dir deine Zukunft leichter gestalten. Das haben



Da trifft es sich ja vorzüglich, daß dieselbe Textilzeitung den Beweis dafür liefert, daß es sich bei diesen Klagen gar nicht um die Sorge der Verschleppung der Industrie handelt, sondern nur darum, daß ihnen ein Teil der Arbeitskräfte, auf die sie glauben einen rechtlichen Anspruch zu besitzen, verloren geht.

In Nummer 273 der „Textilzeitung“ vom 22. November 1927 erzählt ein Unternehmer, Hans Kühn aus Plauen i. V., ganz offen, daß in Ungarn von verschiedenen Städten versucht wird, die Industrie an sich zu ziehen, und daß mit Vorliebe deutsche Unternehmer begrüßt werden, die auch weitestgehend unterstützt würden. Er erzählt soviel Schönes von dieser Aussicht für deutsches Kapital, neben den deutschen auch noch ungarische Arbeitskräfte ausbeuten zu können, besonders weil dort die Lohnverhältnisse bedeutend günstiger (soll natürlich heißen niedriger. D. V.) sind als bei uns, denn man braucht dort nur pro Woche 6 bis 24 Pengö, das sind 5 bis 18 Mk., an Lohn zu bezahlen. Freilich, bemerkt er allerdings, sind das keine gelernten Arbeiter, aber man könne sie ja in kurzer Zeit zu brauchbaren Kräften heranziehen. Sogar die deutschen Textilmaschinen könnten noch tollfrei eingeführt werden, und den deutschen Arbeitskräften, die als sogenannte Borarbeiter natürlich von Deutschland mitgebracht werden müßten, würden sogar Wohnungen verschafft. Er teilt mit, er habe den offiziellen Auftrag, falls sich eine Interessentengruppe für das eine oder andere Unternehmen finden sollte, mit dieser zu verhandeln und gegebenenfalls die Reise nach Ungarn gemeinsam festzulegen.

Das ist ja sehr schön. Der Unternehmer organisiert also systematisch die Gründung von deutschen Textilunternehmen in Ungarn. Aber nicht nur das, er hat auch selbst die Absicht, beste Fachkräfte mitzunehmen, um die ungarischen Arbeiter anzulernen.

Und die „Textilzeitung“ hilft bei diesem löblichen Beginnen nach besten Kräften mit, ja, sie stellt dem betreffenden Unternehmer noch ihren redaktionellen Raum zur Verfügung, anstatt ihn auf den Inseratenteil zu verweisen. Es ist doch eine schöne Sache um die deutschen Belange.

Der Seidenbau in Deutschland.

Von M. Förster.

In Deutschland gehen die Versuche, durch Züchtung der Seidenraupe Rohseide zu gewinnen, bis in das Mittelalter zurück. Trotzdem alle Versuche mit einem Fiasko endeten, wurden immer wieder Anläufe unternommen, dem Seidenbau in Deutschland die Wege zu ebnen. Angesichts des wertvollen Charakters der Seide sind die immer wiederholten Seidenanbauversuche wohl zu verstehen, zumal von den verschiedenen Interessenten in den glühendsten Farben die großen Vorteile sowohl für den einzelnen Züchter wie für die nationale Wirtschaft geschildert wurden. Man hat ausgerechnet, daß dem deutschen Volkswirtschaften unzählige Millionen von Mark erhalten blieben, wenn es gelänge, die deutsche Seidenindustrie in der Rohstoffbeschaffung vom Ausland unabhängig zu machen. Allerdings hat man sich bei diesen Berechnungen und Voraussetzungen nicht fernerhin den Kopf darüber zerbrochen, ob denn überhaupt die Wirtschaftlichkeit eines Seidenanbaues in Deutschland gegeben ist. Man hielt diese Frage von vornherein für geklärt. Dafür schien allein der hohe Wert des Seidenproduktes zu garantieren und darüber hinaus das Beispiel anderer Länder, in denen der Seidenbau sich zu einer lohnenden Beschäftigung entwickelte.

Die ersten Seidenanbauversuche in Deutschland fallen (nach Prof. Dr. A. Seitz: „Die Seidenzucht in Deutschland“) in das spätere Mittelalter und wurden in der Lüneburger Heide vorgenommen. Etwa 200 Jahre später nahm sich Friedrich der Große des Seidenbaues in Deutschland an. Angeblich soll er 300 000 Taler dafür ausgeworfen haben. Wieviel aber heute noch deutsche Seidenzüchter da zu finden, Friedrich den Großen als Schutzherrn ihrer Züchterei zu reklamieren, bleibt ihr Geheimnis. Die „Erfolge“ der fredericianischen Seidenbauversuche waren nämlich die, daß im Jahre 1810 durch eine Verordnung der preussischen Regierung die Vernichtung aller Maulbeerbäume im Saate befohlen wurde. So gründlich war man damals davon überzeugt, daß trotz der hohen landesväterlichen Protektion ein lukratives Seidenbaugeschäft in Deutschland nicht zu machen ist. Wenn nun weiter im August d. J. eine Arbeitsgemeinschaft zur Hebung des deutschen Seidenbaues in Friedrichshagen b. Berlin eine Ausstellung für den Seidenbau veranstaltete und dort als Hauptausstellungstisch der Ase Fria eichenlaubumkränzt als erster Protektor des Seidenbaues in Deutschland thront, so hat man damit durchaus die Tradition der bisherigen „Erfolge“ des deutschen Seidenbaues gewahrt. Trotz jahrhundertelanger Züchterversuche machte auch diese Ausstellung einen geradezu kümmerlichen Eindruck. Das Ausstellungsmaterial, das den Begriff „Deutsche Seidenkultur“ illustrierte und den Werdegang des Seidenbaues darstellen sollte, bestand aus ein paar Paapschachteln voll grüner Blätter, bevölkert mit winzigen kleinen Seidenraupen (so urteilt die Presse), deren weiteren Entwicklungsgang man leider nicht zu Gesicht bekam.

Wenn wir diese Dinge hier feststellen, so nicht etwa aus Schadenfreude an dem bisherigen Mißlingen des Seidenbaues in Deutschland, sondern wir wollen hier versuchen, ein Bild davon zu geben: was war und was ist. Wir sehen uns schon deshalb veranlaßt, Stellung zum Problem des Seidenanbaues in Deutschland zu nehmen, weil immer wieder in bombastischen Ankündigungen der Seidenbau den ärmlichen Schichten des Volkes als lohnender Nebenerwerb empfohlen wird und auch verschiedentlich in Arbeiterzeitungen einseitig gefärbte Berichte Hoffnungen erwecken, die zu Enttäuschungen führen. In diese Richtung gehören auch die propagandistischen Anstrengungen der deutschen Seidenbauverbände, trotz der geradezu entmutigenden Entwicklung des Seidenbaues in Deutschland, für ihre Zwecke staatliche Subventionen zu erhalten.

Grundsätzlich ist zum Seidenbau zu sagen, daß nur die Länder als Seidenbauländer anzusprechen sind, die mit Deutschland nicht auf gleichem Breitengrade liegen, die also nicht das gleiche Klima haben wie Deutschland. So finden wir z. B. wohl im südlichen Frankreich eine gute Seidenraupenzucht, nicht aber im nördlichen Frankreich mit dem deutschen

Klima. Selbst China kann die Seidenzucht nicht über das ganze Land übernehmen. Es sind nur bestimmte Provinzen, die dort lohnenden Seidenbau treiben können, während andere chinesische Provinzen Seide einführen müssen. Wieder andere Provinzen in China pflegen große Eichenwälder, nicht nur wegen des Eichenspinners, sondern wegen der Eichelmast für die Schweine. Die Seide ist nur Nebenprodukt. Auch in Japan finden wir, daß in Distrikten mit halbwegs deutschem Klima fast gar keine Seidenzucht betrieben wird.

Zur Ertragsfähigkeit der Seidenzucht wäre zu bemerken, daß in Japan als einem Hauptproduktionsland für Seide in der Vorkriegszeit pro Familie und Jahr durchschnittlich 2 bis 3 Kilo Rohseide erzielt wurden bei einem damaligen Preis von 40 Mk. pro Kilo. Es muß aber hier besonders betont werden, daß an diesem Ergebnis die ganze Familie beteiligt ist, denn die Gewinnung der Rohseide ist dort wie auch anderswo der Hausindustrie vorbehalten. Größere Betriebe mit bezahlten Arbeitskräften sind in der Seidenzucht fast allgemein nur als staatliche bzw. private Seidenzuchtversuchsanstalten anzutreffen, wo man keine Gewinne zu erzielen braucht. In den besten Gegenden Japans erntete man pro Familie und Jahr 17 Kilo Rohseide, die einem Werte von 680 Mk. entsprachen. Es handelt sich also hier wohl gemerkt um Brutto- und nicht um Nettoerträge. In diesen Beispielen gemessen ist es für uns unbegreiflich, wie Seidenzüchter in Deutschland nach eigenen öffentlichen Verlautbarungen (darunter auch in Arbeiterzeitungen) in einer Saison 800 Mk. und mehr als Reingewinn im Nebenerwerb erzielen wollen. Würden diese Angaben auf Wahrheit beruhen, so wäre schon im Interesse der vielen Kriegsbeschädigten, Kleinrentner usw., die ja alle auf einen lohnenden Nebenerwerb brennen, keiner mehr erfreut als wir. Aus derselben Quelle wird der Öffentlichkeit noch weiter mitgeteilt, daß die Hausfrau bequem neben der häuslichen Arbeit sich der Seidenzucht widmen könne, ohne daß der Mann als Ernährer der Familie seinen Beruf aufzugeben brauche. Ja, selbst für Kinder wäre hier ein lohnender Erwerb geschaffen.

(Schluß folgt.)

Berichte aus Fachkreisen.

Augsburg. Die vom Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Augsburg (Frauengruppe), am Sonntag, dem 11. Dezember 1927, in der Gesellschaftsbrauerei veranstaltete Handarbeitsausstellung, verbunden mit einer schlichten Weihnachtsfeier, hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Die Befichtigung der ausgestellten Gegenstände, wie Unterwäsche, Kleider und Handarbeiten aller Art, löste bei den Besuchern über das mit beschreibenden Mitteln Geschaffene allgemeine Befriedigung aus. Eine große Anzahl unserer Mitglieder besuchte die Ausstellung bereits in den Vormittagsstunden, der Andrang war jedoch nachmittags bedeutend größer, so daß es den besuchenden Frauenkommissionsmitgliedern fast unmöglich war, alle gestellten Fragen zu beantworten. Was man erhoffte, die Ausstellung auch zu organisatorischen und propagandistischen Zwecken für die weiblichen Textilarbeiter zu benutzen, ist nicht ohne Erfolg geblieben. Gerade die Tätigkeit unserer weiblichen Verbandmitglieder ist geeignet, noch Fernstehende für unsere Sache zu gewinnen. Die erste Veranstaltung dieser Art gibt begründete Hoffnung, erfolgreich auf diesem Gebiete weiterzuarbeiten. Die an die Ausstellung sich anschließende schlichte Weihnachtsfeier kann in allen ihren Teilen als wohl gelungen bezeichnet werden. Alle daran beteiligten Kräfte boten das Beste. Sehr rasch waren die wenigen Stunden verfloßen. Mit dem Ergebnis, in noch stärkerem Ausmaße den Ausbau dieser Einrichtung mit fördern zu helfen, um im nächsten Jahre in erweitertem Maße vor die Öffentlichkeit treten zu können, trennten sich die Besucher mit dem Bewußtsein, ein paar fröhliche Stunden im Kreise Gleichgestimmter verlebt zu haben.

Pöbner. (Öffentliche Textilarbeiterversammlung.) Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Textilarbeiterverbandes hatte für Dienstag, den 29. November, eine öffentliche Textilarbeiterversammlung einberufen. Der große Saal des Schützenbundes war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Versammlung wurde durch den Buchdrucker-Gesangverein Gutenberg mit dem Viede „Lob Joleson“ eröffnet, was den allgemeinen Beifall der Versammlung fand, zumal der kommunistisch eingestellte Arbeitergesangverein „Sängerkunst“ seiner Frauenabteilung, der sich in seiner Mehrzahl aus Textilarbeiterinnen zusammensetzt, es nicht gelattete, bei den Textilarbeitern in einer Werksversammlung zu singen. Durch das gemerktschaftliche Solidaritätsgefühl der 40 Mann starken Gesangsabteilung des Buchdruckerverbandes hat der Gesang dieser Gewerkschaftskollegen auch zur Werbung für den Deutschen Textilarbeiter-Verband beigetragen. Als Referentin hatte die Ortsverwaltung die Kollegin Niemiera vom Hauptvorstand gewonnen, welche über: „Die geführten und noch zu führenden Kämpfe der Pöbner Textilarbeiter“ sprach. Einleitend führte Kollegin Niemiera aus, daß Pöbner in der Geschichte des Deutschen Textilarbeiterverbandes immer eine Rolle spielen wird, erstens einmal deshalb, weil hier im Jahre 1891 der Textilarbeiter-Verband gegründet wurde, und zweitens, weil auch eine verhältnismäßig junge Organisation am Orte bestanden hat, gemerktschaftliche Kämpfe zu führen, wenn die richtige Zeitung vorhanden ist. In markanten Sätzen schilderte Rednerin die Erlebnisse bei dem großen Lohnkampf im Jahre 1919. Mit der Ermahnung, daß die versammelten Kolleginnen und Kollegen dafür sorgen, daß auch der restliche Teil der Pöbner Unorganisierten dem Deutschen Textilarbeiter-Verband zugeführt wird, damit auch die noch kommenden Kämpfe mit derselben Geschlossenheit und Stärke geführt werden können, wie im Jahre 1919, schloß Rednerin ihre mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Über „Die Gründe der Kündigung des Mantelvertrages“ sprach der Geschäftsführer, Kollege Schmiedl. Er führte unter anderem aus: Durch die geringe Akkordspanne sind die Tariflöhne unwahr geworden. Die Akkordarbeiter sollten nach Auffassung der Arbeitgeber, Schlichter, ja selbst des Reichsarbeitsministeriums, bei jeder Lohnbewegung leer ausgehen, weil die Akkordbestimmungen im Manteltarif verankert seien und dieser bei Kündigung des Lohnartikels meistens nicht aufgekündigt war. Hinzu kam noch, daß der Sachl.-Thür. Weberverband auch mit dem Wortlaut der Akkordklausel Mißbrauch trieb, indem er die Akkordbestimmungen so auslegte, daß in allen Fällen den Akkordarbeitern nur der Zeitlohn bezahlt werden brauche, wenn sie 15 Proz. Akkordzuschlag nicht erreichten. Nach Auffassung des Weberverbandes liegen die Gründe des Mißbrauches immer bei den Arbeitern

und nicht bei den zu niedrig angelegten Akkordpreisen. Hierauf ging Kollege Schmiedl auf die neue Vorlage näher ein, welche die Zustimmung der Versammlung fand. Ergänzende Ausführungen über die neue Vorlage machte noch der zufällig anwesende Gauweiler, Kollege Bretschneider, welcher nach einer Verhandlung mit dem Wirtschaftsministerium und einer Versammlung in Blantenburg, auch den Pöbner Mitgliedern noch eine Reihe guter Ratsschläge gab. In der Diskussion wurde die Ferienfrage sowie das Verhältnis zwischen Akkordarbeitern und Zeitlöhnern geklärt. Einstimmig wurde nachfolgende Entschliessung angenommen:

Die heute Dienstag, den 29. November 1927, zahlreich versammelten Textilarbeiter und -arbeiterinnen begrüßen die Kündigung des Manteltarifvertrages, damit die Unternehmer nicht mehr Mißbrauch mit dem Tarif treiben können. Die Versammelten geloben, dafür zu sorgen, daß die Forderungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes verwirklicht werden, indem sie die noch Fernstehenden dem Deutschen Textilarbeiterverband zuführen, damit sie wieder in Reih und Glied um die notwendigen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Pöbner Tuchfabriken mitkämpfen.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Textilarbeiter-Verband wurde die eindrucksvolle, stark besuchte Textilarbeiterversammlung, die zweifellos zur weiteren Stärkung des Textilarbeiterverbandes beigetragen hat, vom Vorsitzenden, Kollegen Hugo Räthe, geschlossen.

Literatur.

Inhaltsverzeichnis der Lieferung 12 der Metalland Textilberichte.
 Mechanisch-technischer Teil. Garten, Der Arbeit als textiler Rohstoff. Baumann, Beitrag zum Aufsatz: „Das Karbieren von Faserstoffen in Theorie und Praxis. Stein, Vom Wesen der Tuchbindung. Halle, Das Schlichten und Leimen der Ketten für Kammgarn und Streichgarn. Neue Großturbinen-Typen für hohes Vakuum und 3000 Umdrehungen pro Minute. Walter, Ein neuer Webstuhl. Hamann, Webwarenkunde. Hoyer, Fäulnis für die Papierindustrie. Tiesel, Leistungen moderner Spannrähmen-Produktionsmaschinen. Schmidt, Gewichtsvorfall beim Veredeln von Baumwollwaren, Mitteilungen des Fachnormenausschusses für Textilindustrie und Textilmaschinen. Weber, Kontrolle der Kondenswasserableiter. Hoyer, Webebälter-Pugmaschine. Steinbrücker, Deutsche Webteppiche des Mittelalters, Webbedingungen für Puggewölle.

Textile Forschungsberichte. Länger, Die Prüfung des Länger-Vollstoffs gegen regitrierenden Faserdynamometer. Bredemanu, Das Hamburgische Staatsinstitut für angewandte Botanik.

Chemisch-technischer Teil. Haller, Die Verteilung von Oelen in Zeugdruckfarben. Kind, Versuche mit Bäckhöfen. Schindler, Ueber die Verbindungen beim Druck mit Rufenfarbstoffen. Konrad, Kann die Menge der Flüssigkeit, die ein Gewebe während eines bestimmten Zeitabschnittes aufsaugt ein Maßstab für Neßbarkeit sein? Sparovsky, Die Schlichtung der Kunstseide. Börner, Moderne Entwürfe für textilen Druck. Popitsch, Studien über Schlichten und Entschlichten. Schramel, Die Normierungsbestrebungen in der Textilindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Normierung der Farben. Henkel, Einfluß der Herkunft und des Reineigungsgrades vegetabilischer Fasern auf die Aufnahme von Metallsalzen und Naphthal AS, Neue Farbstoffe, neue chemische Präparate.

Die Weltzeitungsschriftenschau enthält wie bisher Referate aus in- und ausländischen Fachzeitschriften. Neue Bücher. Neue Musterarten. Feldhaus, Feststrachten aus dem Textilgewerbe. Feldhaus, Strümpfen, Strümpfen und Tricot in der Urzeit. Technische Auskünfte, Fragen und Antworten. Gesuchte Bezugsquellen. Der Abschnitt „Neue Erfindungen“ bringt in bekannter Weise ein Verzeichnis der bekanntgemachten Patentanmeldungen, sowie Referate aus in- und ausländischen Patentschriften.

Angestellten-Gesuche.

Für die Geschäftsstelle Krefeld wird ein Sekretär für Außendienst zum baldigen Antritt gesucht. Bedingung: Pünktliche Verbandszugehörigkeit, Kenntnis des DRG, und der Sozialgesetzgebung, agitatorische und organisatorische Befähigung. Bewerber um diese Stelle wollen eine Darstellung ihres Lebenslaufes, die auch ihre Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mit aufzeigen muß, sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Sekretärs für Außendienst, eigenhändig geschrieben, beim Hauptvorstand bis spätestens 7. Januar 1928 einreichen.

Das Anfangsgehalt beträgt 275 Mk. pro Monat, daneben wird noch eine Dienstaufwandsentschädigung von 65 Mk. gezahlt.

Unter denselben Bedingungen wird auch für die Geschäftsstelle Hof ein Sekretär für Außendienst gesucht. Das Anfangsgehalt beträgt für Hof 260 Mk. monatlich, daneben 65 Mk. Aufwandsentschädigung.

Der Hauptvorstand:
gez. Karl Schrader.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 25. Dezember, ist der Beitrag für die 51. Woche fällig.

Fernunterricht.
 Bekanntlich hat auch die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main sich einen Fernunterricht angeeignet. An Teilnehmer fehlt es bis jetzt nicht. Die Leitung der Akademie legt aber Wert darauf, daß die Verbände selbst diejenigen Mitglieder anmelden, die voraussichtlich offiziell zu dem nächsten Lehrgang delegiert werden.

Der Fernunterricht an der Akademie der Arbeit ist in keinem Falle Selbstzweck, sondern in jedem Falle nur Vorbereitung. Wir ersuchen deswegen diejenigen Mitglieder, die beabsichtigen und in sich die Qualifikation fassen, die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. zu besuchen, zwecks Teilnahme am Fernunterricht sich beim Hauptvorstand zu melden.

Der nächste Kursus in Frankfurt beginnt am 1. Oktober 1928 und sind Anmeldungen zum Fernunterricht hierzu noch zulässig.
 Der Hauptvorstand:
gez. Schrader.

Geschäftsführerwahl in Plauen.
 Allen Bemerkern um die Stelle besten Dank. Gewählt wurde der Kollege Friß Kämpfer aus Batmen. Der Hauptvorstand:
 Achtung!
 Achtung!
 Zeugdrucker!
 Seitens einer Krefelder Firma werden im Zustande Drucker gesucht, trotzdem in Krefeld zurzeit noch mindestens 40 erwerbslose Drucker zur Verfügung stehen. Wir ersuchen, vor Annahme von Arbeit bei der Krefelder Geschäftsstelle: August Thür, Krefeld, Nordwall 125, Erkundigungen einzuziehen.
 Der Vorstand.

Beleg: Karl Schrader in Berlin, Döbner Str. 8. - Veranimatorischer Redaktionsrat: Karl Schrader in Berlin. - Druck: Friedrichs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Karl Giese & Co. in Berlin.

O du fröhliche, o du selige . . .

Weihnachten! Das Wort hat Klang und erweckt in jedem Menschenherzen ein Gefühl, das groß und stark ist. Das Menschenherz mag noch so hart sein, es fangen Stimmen an zu singen, die laut und mächtig werden. Die Befreiung von dem eigenen Ich beginnt. Was ich damit sagen will? Nun, man denkt immer zuerst an sich, dann wieder an sich, und wenn dann noch etwas übrig bleibt, vielleicht auch einmal an andere. Doch jetzt in der Weihnachtszeit, da ist es anders. Man besinnt sich und bemerkt, daß noch andere Menschen vorhanden sind, wie Weib, Kind, Vater, Mutter, Bruder, Schwester usw. Man überlegt, wie dem einen und dem anderen eine Freude zu machen wäre. Wie ist dieses An-andere-Denken doch so schön und löst im Innern eine eigene Befriedigung aus. Man sollte häufiger solche Gedanken führen, nicht nur zu Weihnachten, das den Namen „Fest der Liebe“ führt. Nun drängt sich die Frage auf: Wer und wo sind die Verkünder dieser Liebe? Ich ging sie suchen und fand gerade unter denen, die im Ueberfluß haben, kaltherzige Egoisten, also Ich-Menschen, die aber das Wort von der ewigen Liebe im Mund haben. Ist das edelstes Menschentum, höhere Kultur, die vergessen läßt, daß es noch andere Menschen gibt, die auch ein Recht haben, am Lebensgut teilzunehmen? Immer fand ich, daß der Arme eine offene Hand hatte für den noch Ärmere; die aber übergenuß haben, mehr als sie für ein üppiges Leben brauchen, die tun verständnislos, denken: hat, hat, mit gibt es nichts!

Das Glockengeläut vom „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ bleibt ein Widerspruch, solange noch Unzählige darben, hungern und frieren müssen, weil sie arbeitslos, krank, siech oder alt geworden im Daseinskampf, der das einzige Kapital des Armen, seine Arbeitskraft, verschlingt. Solange noch zarte Kinderhände sich rühren müssen, um den Eltern Brot verdienen zu helfen, solange die Schucht des Menschen triumphiert, solange wird der Mensch nie rechte Weihnachten feiern. Erst dann, wenn die Liebe zum andern immer so ist, wie jetzt manchmal in der Weihnachtszeit, wenn jeder für den andern wirkt und strebt, sein eigenes Ich in den Hintergrund stellt, dann begehen wir das „Fest der Liebe“, erst dann ist der Menschheit der Heiland geboren, der Erlöser, auf den die Welt wartet. Er wird nicht eher kommen, als wir es wollen, wir, die wir unser Leben lang arbeiten für andere.

Bedenke es, du werttätige Menschheit, wenn du dein Weihnachten im engen Stübchen, bei den kleinen Liebesbeweisen deiner Nächsten begehest, daß du nicht so sein willst wie die Muzusatten, die von Lebensgünst Ueberladenen. Zeige und beweise, daß du den Sinn dieses Festes erkannt hast und danach strebst, es in Wirklichkeit zu gestalten . . . dann, o welches Glück, feiert das Proletariat Weihnachten, das das Ende der dunklen Zeit ist, der Aufrast zu einer lichten Zeit.

Eise Ketslag.

Vom Wünschen und Schenken!

Weihnachten ist die Zeit der Wünsche und Geschenke. Wieso und warum das so ist, hat seine Gründe. Manche Leute glauben das mit der Ueberlieferung uralter Gewohnheit zu erklären. Andere sagen, heute wird mit allem ein Geschäft versucht, deshalb wird zu bestimmten Zeiten durch raffiniertes Angebot künstlich Bedürfnis geweckt. Wieder andere meinen: Wünschen und Schenken ist ein aus dem menschlichen Wesen kommendes Bedürfnis. Gehteres erscheint nicht unwahrscheinlich. Gewiß, Brauch und äußerer Anreiz mögen für die Zeit, Gelegenheit, Art und Form der Wünsche und Geschenke viel maßgebend sein. Aber, daß der Mensch die Fähigkeit zum Wünschen, das Bedürfnis zum Schenken hat, ist bestimmt nur aus der menschlichen Eigenart zu erklären. Gerade um Weihnachten herum kommen solche Gedanken.

Nicht wenn man bepackte frohe Menschen sieht. Sondern, wenn sich arme Kinder gedrückt aber verlangend um vollgepfropfte, herausgeputzte Schaufensterauslagen schleichen, wenn abgehärmte Frauen wehmütig Angebot und Nachfrage in den geschäftlich belebten Läden beobachten; oder wenn unbeholfene Finger aus unmöglichen Kleinigkeiten erstellen, die mehr gedacht als wirklich, dem Gegenstand ähneln. den sich ein geliebtes Wesen als Geschenk gewünscht hat. Gerade das Weihnachtsfest und die Vorbereitung zu seiner Feier zeigt auch oft, wie der Wunsch der Menschen nicht nur auf das Nehmen von Sachen gerichtet ist, wie vielmehr auch das überraschende Bedenken anderer, das Bereiten einer unverhofften Freude, ein großes Geschenk bedeuten kann.

Wohlgemerkt: bedeuten kann. Freude bereiten setzt leider heute nicht nur persönliche Fähigkeit, sondern die wirtschaftliche Möglichkeit dazu, also Zeit zum Erspähen, dann Geld zum Befriedigen der auf den Besitz von Dingen gerichteten Wünsche voraus.

Die Arbeiter verfügen über beides nur beschränkt, manchmal sogar überhaupt nicht. Deshalb wird das „Fest der Freude“, wie es so schön heißt, für viele arbeitende Menschen eine Zeit innerer Qual. Werden sie doch gerade hier unbarmerzig daran erinnert, daß Wunsch und Erfüllung, daß Nehmen und Geben in der Hauptsache heute eine Angelegenheit des gefüllten Geldbeutels ist. Der so hart umkämpfte Lohn des Arbeiters ist demnach ausschlaggebend, ob und was zu Weihnachten geschenkt werden kann. Gewerkschaftlicher Zusammenschluß also ist Sicherung von Weihnachtswünschen und Hoffnungen

Und dräut der Winter noch so sehr . . .

... und streut er Eis und Schnee umher, es muß doch Frühling werden, so heißt es in einem schönen Gedicht, das wir einst in der Schule lernten. Eine tiefe Hoffnungsfreudigkeit und ein unerschütterlich fester Glaube auf eine bessere Zeit spricht daraus. Auch wir dürfen und müssen uns daran

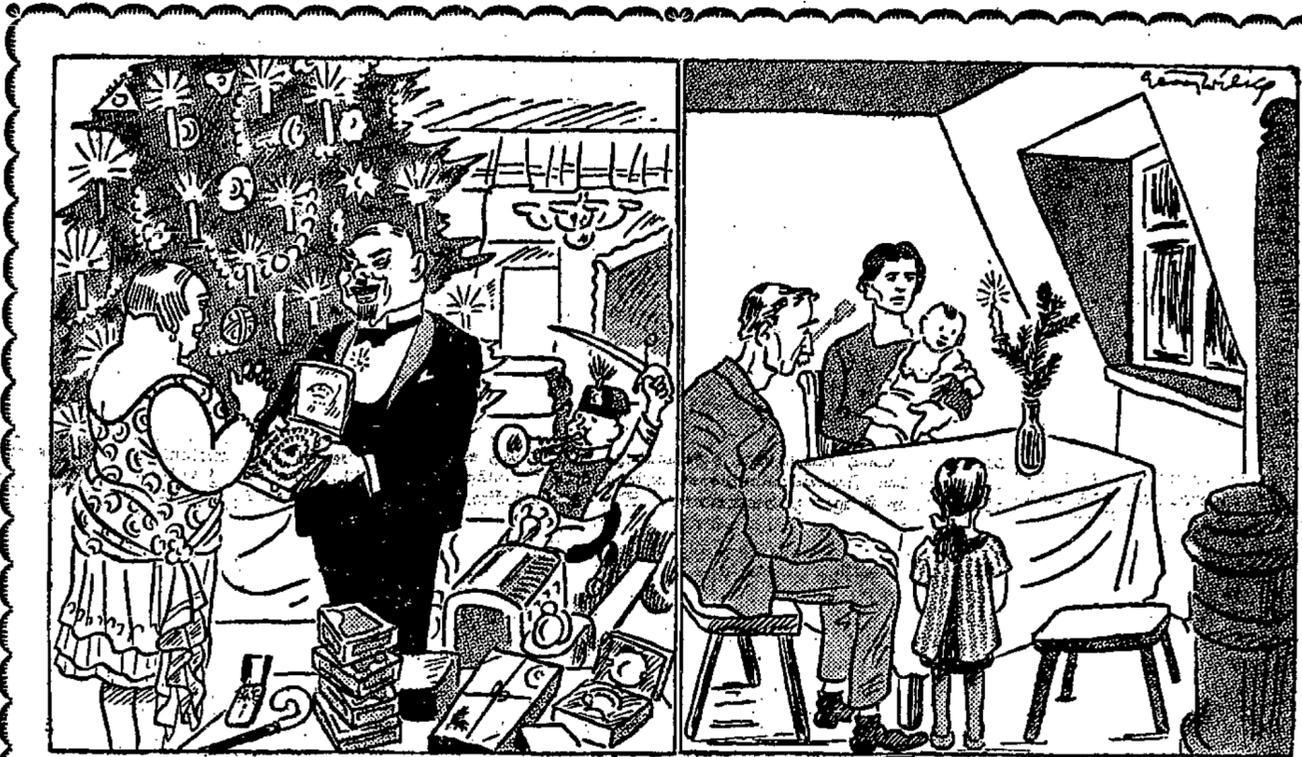
Be'scherung.

... Was eine Rechte tut . . .

Vor mehr als zwanzig Jahren. Der Lehrer suchte auch mich als bedürftig, damit würdig für die Weihnachtsbescherung des Frauenvereins heraus. Zuvor mußten Formaltäten erfüllt werden. Sie erledigte der Armenvorsteher. Ein

ungebildeter, ungerichter Tropf. Von den Eltern mußte jemand dabei sein. Wie das zu bescherende Kind, wurden auch sie als Bittsteller behandelt. Die Abfertigung geschah im Stehen, knapp, barisch. Bis zur Bescherung bestand, wenn auch ungeschrieben (der Armenvorsteher war ein allmächtiger Mann), die Grußpflicht für Kind und Eltern dem „Herrn“ Armenvorsteher gegenüber. Wir waren diese Demütigungen unerträglich. Aber es kam noch schlimmer.

Im größten Saale der Stadt fand die Bescherung statt. Selbstverständlich öffentlich und gegen Eintrittsgeld, das wiederum wohlthätigen Zwecken zugute kommen sollte. In der Saalmitte waren Tische in Hufeisenform aufgestellt. Darauf lagen die Gaben. Gebündelt und mit Namen bezeichnet. Vor jedem Päckchen stand ein Kind; zwei und noch mehr Stunden lang. Denn die Geschenke wurden nicht so ohne weiteres, bei weitem aber nicht gleich überreicht. Erst mußten Aufführungen der größeren Schulkinder, meist Sprößlinge des sogenannten besseren Standes, entgegengenommen werden. Dann sollten die Neugierigen auf den Tribünen auch auf ihre Rechnung kommen. Nicht zuletzt aber forderten die „oblen“ Spender, wenigstens eine Zeit sich in dem Genuß erwiesener Wohltat zu sonnen. Wozu hatte man zum Beschenken armer „würdiger“ Kinder mit beigefeuert, wenn das anderen und dem eigenen Gewissen nicht



Stille Nacht — Heilige Nacht.

Der Unternehmer-Chemann,
Wie tritt er fröhlich schmunzelnd an!
„Eulalia, dein hab' ich gedacht
Zum frohen Fest der Weihenacht.
Ganz offen, dieses letzte Jahr
War prächtig, schön und wunderbar.
Der Rechtsblock, um es zu gestei'n,
Hat stets nur auf mein Wohl gesehn.
Er füllte mir den Säckel voll,
Er gab uns den höchsten Zöll,
Die Steuern sind gestundet schon,
Auch kämpft er für verkürzten Lohn.
Jedoch für lange Arbeitszeit.
Eulalia, ich bin so weit:
heut kann ich dir zum Angedenken
Die köstlichsten Brillanten schenken!“

Ach, diese dumpfe Wohnung weist
Kein Spürlein auf vom Weihnachtsgesell!
Ein Lannenzweig mit kargem Licht,
Das ist die rechte Weihnacht nicht,
Hier haust das Elend, wohnt die Not.
Es reicht ja kaum für's täglich Brot.
Der Gatte spricht: „Das Leid ist groß,
Ich war so lange arbeitslos,
Und wieder drohn die reichen Herren
Brutal und roh uns auszusperrn!
Wie sie das Leben uns verteuern!
Schon drohen sie mit neuen Steuern.
Doch, liebe Frau, das schwör' ich dir:
Im nächsten Jahr, da kommen wir!
Heut' aber, mag's mich schwer auch kränken,
Kann ich dir leider — gar nichts schenken!“

Henning Duderstadt

halten, denn die Spenderin des Lichts, die Strahlenkönigin hat nun bald den tiefsten Stand ihrer Wanderung erreicht und schreitet wieder aufwärts ihre Bahn. Auch die Entwicklung der Menschheit kennt nach ewig ehernen Gesetzen ein Auf und Ab, das sich zuletzt doch als ein „Hinauf“ erweist. Unser Ziel ist: dieses Hinauf zu fördern! Die Sonne kann uns dabei Vorbild sein. So wie ihr Tun Leben gedeihen, Leben entwickeln und fortbilden läßt, so meinen wir, daß unser Schaffen der Bervollkommenung der Menschheit zugute kommt. Denn auch der Lebensweg der arbeitenden und strebenden Menschheit ist umsäumt von Schnee und Eis und bösen Gewalten, die gar trotzig sind. Sie gilt es zu überwinden.

Darum feiert auch ihr Weihnachten, ihr Arbeiterfrauen und -mütter, die ihr in Wahrheit nach dem Gebot der Liebe lebt. Was ist denn euer Leben anders als Liebe und Hingebung? Nicht nur für Mann und Kind sorgt ihr, euer Leben ist auch Voraussetzung für anderer Leben. Seid daher froh und stolz, das gibt Ausdauer beim Kämpfen!

genügend vordemonstriert werden soll. Auszuhalten war ja „die Schau“ für „die Damen“. Sie saßen vorne, an der Bühne, auf bequemen Stühlen. Was kümmerten sie die Kinderaugen, die verlangend nach den kleinen, oben auf die Päckchen gebauten Süßigkeiten oder nach dem hier und da untergebrachten Märchenbuch schauten? Was wußten sie von müden Kinderbeinen? Ihre Kinder, die ausgeputzt mitherumsaßen, brauchten ja nicht Zeitungen zu tragen, brauchten ja nicht als Aufwärter mit schweren Kohleneimern treppauf, treppab laufen. Sie kamen wohl- ausgerüstet, nicht abgebeht, wie die kleinen Proletarier zur Weihnachtsfeier. Nun etwa noch nach seelischen Klümmern fragen? Dazu gibt es weder Zeit, noch hätte jemand daran gedacht. Arbeiterkinder dürfen nicht empfindlich, Arbeiterkinder dürfen nicht stolz sein. Sie gehören doch zu der Schicht, die Knecht ist und Knecht zu bleiben hat.

So die Damen. Ob sie alle so dachten? Wenige werden anderen Sinnes gewesen sein. Ob alle Kinder so empfanden? Und wenn nur ein einziges Kind so fühlte, so trifft die Gesellschaft eine schwere Anklage.

Das Beste, was die Menschen tun,
Bleibt ohne Ehr' und sonder Ruhm.

Zum Unionstag der Textilarbeiter Oesterreichs.

Die Union der Textilarbeiter Oesterreichs hielt in den letzten Novembertagen in Wien ihren Unionstag ab. Obgleich die österreichische Textilarbeiterunion im verbliebenen kleinen Deutschösterreich rein zahlenmäßig nicht mehr eine so achtunggebietende Organisation ist wie sie vor dem Kriege war, ist es doch auch für uns Reichsdeutsche nicht ganz uninteressant, denn Verlauf dieser Tagung ein klein wenig Aufmerksamkeit zu schenken.

Aus dem Vorstandsbericht geht vor allen Dingen hervor, daß auch an der österreichischen Textilarbeiterunion die lange Krisenzeit nicht spurlos vorübergegangen ist. Ihre Mitgliederzahl sank von 45 000 im Jahre 1924 auf 31 000 zu Ende des Jahres 1926. Angesichts der in Oesterreich beschäftigten etwa 63 000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen entspräche dies einem Organisationsverhältnis von etwa 50 Proz. Den organisatorischen Höchststand hatte die Union im Jahresdurchschnitt 1922 mit rund 53 000 Mitgliedern erreicht. Da in Oesterreich nicht eine Hochkonjunktur in der Textilindustrie vorhanden ist wie in Deutschland, konnte dort nicht der Verlust wieder aufgeholt werden. Auch in Oesterreich wurden erfolgreiche Inzuchtlohnbewegungen infolge der Krise außerordentlich erschwert.

Eines merkwürdigen Umstandes sei besonders gedacht. Während in Deutschland nicht nur bei Lohnverhandlungen sondern auch bei allgemeinen Wirtschafts- und Zollverhandlungen von den Unternehmern stets über den österreichischen Wettbewerb geklagt wird, der infolge der dortigen niedrigen Arbeitslöhne vorhanden sein soll, klagt man in Oesterreich über die deutsche Konkurrenz infolge der niedrigen Arbeitslöhne. Ein Argument haben die österreichischen Unternehmer aber bestimmt für sich, nämlich den Hinweis auf die in Oesterreich vorhandene lange Arbeitszeit. In Oesterreich besteht nach wie vor der Achtstundentag mit der Maßgabe, daß in allen Betrieben, welche mindestens zwei Drittel weibliche oder jugendliche Arbeiter beschäftigen, die Arbeiter die 44-Stunden-Woche verlangen können und dies auch zum größten Teil durchgeführt haben.

Tatsächlich lassen sich weder die Tariflöhne noch die erzielten Akkordverdienste in Deutschland und Oesterreich ohne weiteres vergleichen. Man darf nicht übersehen, daß ein großer Teil der österreichischen Textilindustrie sich in Wien befindet und die Wiener Arbeiter infolge der bestehenden Besetzung eine dermaßen geringe Miete bezahlen, daß sie als wesentlicher Teil des Lohnes überhaupt nicht in Betracht kommt. Oesterreich ist ein Schulbeispiel dafür, wie die künstlich gedrückte Miete nicht etwa den Lebensstandard des Arbeiters verbessert, sondern sich als Exportprämie für die Unternehmer auswirkt.

Renner hielt einen Vortrag über österreichische Wirtschaft und die Politik der Unternehmer und der Arbeiterschaft. Der Inhalt des Vortrages war ein programmatischer. Renner führte in der Hauptsache aus, daß die Arbeiter sich bei der von ihnen besetzten Politik nicht mehr hauptsächlich auf Sozialpolitik beschränken dürften, sondern daß sie praktische Wirtschaftspolitik treiben müßten, und zwar sollten sie dies tun in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern, damit die Schäden der sinnwidrigen Struktur der österreichischen Wirtschaft, die eine Folge der ungewöhnlichen Teilung sei, ausgeglichen werden könne. Den zweiten Teil seines Referats widmete er der Zollpolitik, indem er sich als Freihändler gab. Während dieser zweite Teil des Referats bei dem Verbandstag und wohl bei allen Anwesenden allgemeine Billigung fand, war das nicht der Fall bezüglich der von ihm empfohlenen wirtschaftlichen Koalitionspolitik. Der als Gast anwesende Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission trat dann auch Renner auf das Schärfste entgegen, indem er die Unmöglichkeit und Unzweckmäßigkeit einer solchen Politik auch an Hand der Geschehnisse in Deutschland nachwies. Der Unionstag sah jedoch davon ab, eine grundsätzliche Stellung hierzu einzunehmen.

Auf dem Unionstag, der einen sehr guten Verlauf nahm, waren eine Reihe von Bruderorganisationen durch Abgesandte vertreten. Der Verlauf rechtfertigt das Vertrauen, daß die österreichischen Textilarbeiter auch in Zukunft ihren Rann in jeder Beziehung stellen werden.

Eines besonderen Umstandes sei noch Erwähnung getan: Es stellte sich im Laufe der Verhandlung heraus, daß deutschösterreichs dauernd versucht wird, aus Oesterreich Arbeitskräfte heranzuziehen, und daß solche unter Vorspiegelungen gesucht werden, die keinesfalls der Wahrheit entsprechen. Festgestellt wurde auch, daß die deutsche Regierung die Einwanderung österreichischer Arbeiter nach Deutschland fördert. In Oesterreich aber liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Deutschland. Während an ungelerten Arbeitern an einzelnen Orten noch Ueberfluß vorhanden ist, fehlt es durchgängig an Hocharbeitern, wie dies auch in Deutschland hier und da der Fall ist. Es war möglich, an Hand einiger Beispiele sofort nachzuweisen, daß der angebliche Bedarf an Textilindustriearbeitern in Deutschland in Wirklichkeit gar nicht vorhanden war, sondern diese Arbeitergesuche nur den Zweck hatten, den deutschen Arbeitern Schwierigkeiten zu bereiten. Ein Grund mehr, um die internationalen Beziehungen auch ferner nach Kräften zu pflegen.

Berichte aus Sachsen.

Berlin. (Ein Kommunistenstreik gegen den Textilarbeiterverband) Vergeblich kämpfen die Moskauer Arbeiter um die Eroderung der Orisverwaltung. Es nah wieder die Zeit der Reue, und weil die alberne und oft bösehaftige Opposition in den Versammlungen nur Lächerlichkeit erntete, mußten von der Opposition härtere Mittel angewendet werden. Man hegte mit eigenen Besprechungen die unorganisierte Arbeiterschaft von Oberer in einen wilden Streik, der schon bei seinem Beginn als völlig erfolglos bezeichnet werden mußte, weil er mit seiner Hauptziele gegen den Textilarbeiterverband gerichtet war, nämlich Bekämpfung der Orisverwaltung durch eine kommunistische Leitung. Hier eine kurze Schilderung des Streikverlaufs: Der Betriebsrat hatte von der Firma eine allgemeine Erhöhung der Stundenlöhne um 16 Pf. gefordert. Es sollte in Gegenwart der Vertreter des Textilarbeiterverbandes und des Betriebsrates mit der Firma verhandelt werden. Kurz vor Beginn der Verhandlung verließ die Arbeiterschaft ihre Arbeitsplätze und versammelte sich auf dem Friedrichsplatz, um nach

Die Selbstverwaltung im Werden.

Einführung und erste Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Am 13. und 14. Dezember erlebte der große Sitzungssaal im Reichsarbeitsministerium — das ist die ehemalige Aula der Ausbildungsstätte für Militärärzte — abermals ein geschichtliches Ereignis. Der Verwaltungsrat, das oberste Organ der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, dem letzten bedeutungsvollen Ergebnis deutscher Sozialpolitik, trat zum erstenmal zur Arbeit zusammen. Unter den 48 Beisitzern, die sich gleichmäßig in Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Behördenvertreter gliedern, befindet sich eine einzige Frau, die Genossin Hanna vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Fünf weitere Frauen sind Stellvertreter der Beisitzer, zwei Stellen kommen dabei auf die Arbeitgeber, drei auf die Arbeitnehmer. Wahrscheinlich ein gutes Verhältnis im Vergleich zu der Anteilnahme der Frauen als Beschäftigte und Arbeitgeber.

Der Präsident der Reichsanstalt — Dr. Syrup — führte den Vorsitz. Seine Begrüßung vermittelte erfreulich Weise das sonst übliche Gerede. Das vertrat sich gut mit dem gewollten Charakter der Reichsanstalt. Auch daß er hierbei eine Art Geschäfts- und Situationsbericht gab, war angebracht. Oder gibt es noch passendere Gelegenheit, den Legendes entgegenzutreten, die über den neuen „Wasserlopp Reichsanstalt“ bestehen, als bei der ersten Tagung der Instanz, die Treuhänder der Nächstebestimmten, damit Mittler zwischen Bedürfnissen des täglichen Lebens und Ansprüchen der Bureaukraten ist? Wo sind Betrachtungen über die einseitige Reichsbankkreditpolitik und über die beabsichtigten Kampfmaßnahmen der Ruhrindustriellen besser am Platze als beim Prüfen der Arbeitsausichten der Arbeitslosenversicherung?

Überdies, Dr. Syrup begnügte sich meist mit kurzen sachlichen Hinweisen. Immerhin war zu erkennen, wenn das Versicherungsrisiko berechenbar und tragbar sein soll, dann dürfen Willkürmaßnahmen den Arbeitsmarkt nicht belästigen und treffen. Der gute Stern, der selber dem neuen Werke schien, würde dann bald verblasen. Konnte doch in knapp drei Monaten — ermöglicht durch die augenblicklichen Beschäftigungsverhältnisse — der geschlechtlich vorgeschriebene Bestand von 130 Millionen Reichsmark, das ist die Summe, die für 600 000 Arbeitslose auf drei Wochen als Bedarf errechnet wurde, aufgefüllt werden. Die Monateinnahmen schwanken dabei zwischen 40 und 60 Millionen Mark. Infolge unübersehbarer Winter- und Frühjahrsanforderungen, an deren Unübersichtlichkeit Herr Schacht und die rheinischen Schwerindustriellen ein gutes Teil Schuld mittragen, kann aber der Beitragsfuß, der jetzt dem geschlechtlichen Höchstmaß entspricht, nicht herabgesetzt werden.

Schacht, Krupp, Bögl und Genossen verlegen also nicht nur Tausende deutscher Arbeiterfamilien jetzt vor dem Weihnachtsfest in Sorge um die nächste Existenz; sie verhängen auch durch ihr Verhalten, daß die Kosten für die Arbeitslosenversicherung nicht auf das Maß beschränkt werden, das normalen Anforderungen entspricht.

Auch der innere Ausbau des neuen Selbstverwaltungskörpers dürfte unter diesen geschilderten Verhältnissen zu leiden haben. Vorstand und Verwaltungsrat wollen die Ausgaben für die Geschäftsführung möglichst klein halten. Daher auch nicht zuletzt das Zusammenlegen der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter. Erstere sind von 22 auf 13 herabgesetzt worden; letztere sollen von 900 auf 500 gekürzt

werden. Im gleichen Verhältnis wird versucht, Personal einzusparen. Jetzt sind ungefähr 17 500 Beschäftigte vorhanden. Nach der Umorganisation wird angenommen, mit etwa 14 000 auszukommen. Man glaubt dabei auch eine Verbesserung der sachlichen Eignung mit herbeiführen zu können. Eine Personalveränderung und Umorganisation tritt ebenfalls bei der Hauptstelle ein. Sie soll vorläufig mit 120 Beschäftigten arbeitsfähig sein. Die Uebernahme der Geschäfte der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter durch die neue Reichsanstalt ist für Anfang nächsten Jahres vorgesehen. Bis dahin müssen die Umgegliederungen, ebenfalls die Bestellung der Verwaltungsausschüsse beendet sein. Interessant waren auch die Ausführungen über das Aufkommen der Beitragsleistung. Danach zahlen die meisten männlichen Versicherten nach der Gruppe VI — das ist nach einem Verdienst von 30 bis 36 Mt., die meisten weiblichen Versicherten nach Gruppe IV, das ist nach Wochenverdiensten von 18 bis 24 Mt. Die Kosten für Lebenshaltung dem gegenübergestellt, ergibt eine außerordentlich beschränkte Lebensweise der meisten deutschen Arbeitnehmer. Zugleich wird erichtlich, wie nötig die Hilfe bei Erwerbslosigkeit ist. Eigene Ersparnisse sind bei solchen Verdiensten nicht zu machen. Sie würden eben bei den jetzt üblichen Formen der Arbeitslosigkeit — die sich durch Umfang und Dauer kennzeichnen — völlig unzureichend sein. Zwangsweise solidarische Hilfe — das, was die Arbeitslosenversicherung reichliche Mittel zum Schutz und zur Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit.

Daß das aber nicht durch eine bloße Aufspeicherung von Geld erzielt werden kann, wurde ebenfalls von maßgebender Seite betont. Außer einer, auf das allgemeine Wohl gerichteten Wirtschaftspolitik hat die Anlegung der durch Beiträge anfallenden Mittel den Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit zu dienen. Hier muß die Reichsanstalt ganz neue Wege suchen und gehen. Die Kassenführung anderer Versicherungsträger kann Anhalt, nicht aber Maßstab für zweckmäßiges Handeln sein.

Bei der Fülle der Aufgaben, die somit dem Verwaltungsrat obliegen, ist es natürlich, daß er nach Arbeitsmethoden suchte, die ein schnelles, billiges und intensives Tätigwerden versprechen. Durch Uebertragung besonderer Aufgaben an Unterausschüsse soll das erreicht werden. Sie wurden gebildet:

1. für die allgemeine Verwaltung
2. für die Arbeitsvermittlung
3. für die Berufsberatung
4. für die Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung.

Der erste und vierte Unterausschuß arbeitete schon am ersten Tage. Es betraf die vorbereitende Beratung von Stellenplänen und Dienstordnung, dann Richtlinien über die Weiterführung der Arbeitsfürsorge durch Wohlfahrtsräte und die Vorschläge für die endgültigen Vorstandsmitglieder. Mögen die ersten Arbeitstage des Verwaltungsrates guter Auskunft für die weitere umfangreiche Arbeit der übrigen Organe der Reichsanstalt gewesen sein. Gerade in den einzelnen Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter wird in der nächsten Zeit von den Vertretern der Arbeitnehmerschaft ein eifriges und umsichtiges Tun gefordert werden. Es ist zu hoffen, daß sie ihn gewachsen sind. Zwar nicht, weil der Reichsarbeitsminister Brauns — der bei Beginn der Sitzung anwesend — zum Schluß seiner Begrüßung „in der Bescheidenheit, die einem Minister im demokratischen Staat geziemt“, an umsichtige, gewissenhafte Pflichterfüllung erinnerte, sondern weil von jedem Arbeitnehmervertreter zu erwarten ist, daß er weiß, was es bedeutet, verantwortl. für das Wohl und Wehe und im Namen von mehr als 15 Millionen Menschen zu handeln.

werden. Im gleichen Verhältnis wird versucht, Personal einzusparen. Jetzt sind ungefähr 17 500 Beschäftigte vorhanden. Nach der Umorganisation wird angenommen, mit etwa 14 000 auszukommen. Man glaubt dabei auch eine Verbesserung der sachlichen Eignung mit herbeiführen zu können. Eine Personalveränderung und Umorganisation tritt ebenfalls bei der Hauptstelle ein. Sie soll vorläufig mit 120 Beschäftigten arbeitsfähig sein. Die Uebernahme der Geschäfte der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter durch die neue Reichsanstalt ist für Anfang nächsten Jahres vorgesehen. Bis dahin müssen die Umgegliederungen, ebenfalls die Bestellung der Verwaltungsausschüsse beendet sein. Interessant waren auch die Ausführungen über das Aufkommen der Beitragsleistung. Danach zahlen die meisten männlichen Versicherten nach der Gruppe VI — das ist nach einem Verdienst von 30 bis 36 Mt., die meisten weiblichen Versicherten nach Gruppe IV, das ist nach Wochenverdiensten von 18 bis 24 Mt. Die Kosten für Lebenshaltung dem gegenübergestellt, ergibt eine außerordentlich beschränkte Lebensweise der meisten deutschen Arbeitnehmer. Zugleich wird erichtlich, wie nötig die Hilfe bei Erwerbslosigkeit ist. Eigene Ersparnisse sind bei solchen Verdiensten nicht zu machen. Sie würden eben bei den jetzt üblichen Formen der Arbeitslosigkeit — die sich durch Umfang und Dauer kennzeichnen — völlig unzureichend sein. Zwangsweise solidarische Hilfe — das, was die Arbeitslosenversicherung reichliche Mittel zum Schutz und zur Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit.

Daß das aber nicht durch eine bloße Aufspeicherung von Geld erzielt werden kann, wurde ebenfalls von maßgebender Seite betont. Außer einer, auf das allgemeine Wohl gerichteten Wirtschaftspolitik hat die Anlegung der durch Beiträge anfallenden Mittel den Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit zu dienen. Hier muß die Reichsanstalt ganz neue Wege suchen und gehen. Die Kassenführung anderer Versicherungsträger kann Anhalt, nicht aber Maßstab für zweckmäßiges Handeln sein.

Bei der Fülle der Aufgaben, die somit dem Verwaltungsrat obliegen, ist es natürlich, daß er nach Arbeitsmethoden suchte, die ein schnelles, billiges und intensives Tätigwerden versprechen. Durch Uebertragung besonderer Aufgaben an Unterausschüsse soll das erreicht werden. Sie wurden gebildet:

1. für die allgemeine Verwaltung
2. für die Arbeitsvermittlung
3. für die Berufsberatung
4. für die Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung.

Der erste und vierte Unterausschuß arbeitete schon am ersten Tage. Es betraf die vorbereitende Beratung von Stellenplänen und Dienstordnung, dann Richtlinien über die Weiterführung der Arbeitsfürsorge durch Wohlfahrtsräte und die Vorschläge für die endgültigen Vorstandsmitglieder. Mögen die ersten Arbeitstage des Verwaltungsrates guter Auskunft für die weitere umfangreiche Arbeit der übrigen Organe der Reichsanstalt gewesen sein. Gerade in den einzelnen Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter wird in der nächsten Zeit von den Vertretern der Arbeitnehmerschaft ein eifriges und umsichtiges Tun gefordert werden. Es ist zu hoffen, daß sie ihn gewachsen sind. Zwar nicht, weil der Reichsarbeitsminister Brauns — der bei Beginn der Sitzung anwesend — zum Schluß seiner Begrüßung „in der Bescheidenheit, die einem Minister im demokratischen Staat geziemt“, an umsichtige, gewissenhafte Pflichterfüllung erinnerte, sondern weil von jedem Arbeitnehmervertreter zu erwarten ist, daß er weiß, was es bedeutet, verantwortl. für das Wohl und Wehe und im Namen von mehr als 15 Millionen Menschen zu handeln.

Daß das aber nicht durch eine bloße Aufspeicherung von Geld erzielt werden kann, wurde ebenfalls von maßgebender Seite betont. Außer einer, auf das allgemeine Wohl gerichteten Wirtschaftspolitik hat die Anlegung der durch Beiträge anfallenden Mittel den Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit zu dienen. Hier muß die Reichsanstalt ganz neue Wege suchen und gehen. Die Kassenführung anderer Versicherungsträger kann Anhalt, nicht aber Maßstab für zweckmäßiges Handeln sein.

Bei der Fülle der Aufgaben, die somit dem Verwaltungsrat obliegen, ist es natürlich, daß er nach Arbeitsmethoden suchte, die ein schnelles, billiges und intensives Tätigwerden versprechen. Durch Uebertragung besonderer Aufgaben an Unterausschüsse soll das erreicht werden. Sie wurden gebildet:

1. für die allgemeine Verwaltung
2. für die Arbeitsvermittlung
3. für die Berufsberatung
4. für die Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung.

Der erste und vierte Unterausschuß arbeitete schon am ersten Tage. Es betraf die vorbereitende Beratung von Stellenplänen und Dienstordnung, dann Richtlinien über die Weiterführung der Arbeitsfürsorge durch Wohlfahrtsräte und die Vorschläge für die endgültigen Vorstandsmitglieder. Mögen die ersten Arbeitstage des Verwaltungsrates guter Auskunft für die weitere umfangreiche Arbeit der übrigen Organe der Reichsanstalt gewesen sein. Gerade in den einzelnen Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter wird in der nächsten Zeit von den Vertretern der Arbeitnehmerschaft ein eifriges und umsichtiges Tun gefordert werden. Es ist zu hoffen, daß sie ihn gewachsen sind. Zwar nicht, weil der Reichsarbeitsminister Brauns — der bei Beginn der Sitzung anwesend — zum Schluß seiner Begrüßung „in der Bescheidenheit, die einem Minister im demokratischen Staat geziemt“, an umsichtige, gewissenhafte Pflichterfüllung erinnerte, sondern weil von jedem Arbeitnehmervertreter zu erwarten ist, daß er weiß, was es bedeutet, verantwortl. für das Wohl und Wehe und im Namen von mehr als 15 Millionen Menschen zu handeln.

Daß das aber nicht durch eine bloße Aufspeicherung von Geld erzielt werden kann, wurde ebenfalls von maßgebender Seite betont. Außer einer, auf das allgemeine Wohl gerichteten Wirtschaftspolitik hat die Anlegung der durch Beiträge anfallenden Mittel den Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit zu dienen. Hier muß die Reichsanstalt ganz neue Wege suchen und gehen. Die Kassenführung anderer Versicherungsträger kann Anhalt, nicht aber Maßstab für zweckmäßiges Handeln sein.

Bei der Fülle der Aufgaben, die somit dem Verwaltungsrat obliegen, ist es natürlich, daß er nach Arbeitsmethoden suchte, die ein schnelles, billiges und intensives Tätigwerden versprechen. Durch Uebertragung besonderer Aufgaben an Unterausschüsse soll das erreicht werden. Sie wurden gebildet:

1. für die allgemeine Verwaltung
2. für die Arbeitsvermittlung
3. für die Berufsberatung
4. für die Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung.

Der erste und vierte Unterausschuß arbeitete schon am ersten Tage. Es betraf die vorbereitende Beratung von Stellenplänen und Dienstordnung, dann Richtlinien über die Weiterführung der Arbeitsfürsorge durch Wohlfahrtsräte und die Vorschläge für die endgültigen Vorstandsmitglieder. Mögen die ersten Arbeitstage des Verwaltungsrates guter Auskunft für die weitere umfangreiche Arbeit der übrigen Organe der Reichsanstalt gewesen sein. Gerade in den einzelnen Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter wird in der nächsten Zeit von den Vertretern der Arbeitnehmerschaft ein eifriges und umsichtiges Tun gefordert werden. Es ist zu hoffen, daß sie ihn gewachsen sind. Zwar nicht, weil der Reichsarbeitsminister Brauns — der bei Beginn der Sitzung anwesend — zum Schluß seiner Begrüßung „in der Bescheidenheit, die einem Minister im demokratischen Staat geziemt“, an umsichtige, gewissenhafte Pflichterfüllung erinnerte, sondern weil von jedem Arbeitnehmervertreter zu erwarten ist, daß er weiß, was es bedeutet, verantwortl. für das Wohl und Wehe und im Namen von mehr als 15 Millionen Menschen zu handeln.

Daß das aber nicht durch eine bloße Aufspeicherung von Geld erzielt werden kann, wurde ebenfalls von maßgebender Seite betont. Außer einer, auf das allgemeine Wohl gerichteten Wirtschaftspolitik hat die Anlegung der durch Beiträge anfallenden Mittel den Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit zu dienen. Hier muß die Reichsanstalt ganz neue Wege suchen und gehen. Die Kassenführung anderer Versicherungsträger kann Anhalt, nicht aber Maßstab für zweckmäßiges Handeln sein.